

## **Eine Stadt für alle: Wiesbaden sozial, gerecht und vielfältig!**

Liebe Wiesbadenerinnen und Wiesbadener,

am 6. März 2016 werden in Hessen die kommunalen Vertretungen neu gewählt. Wiesbaden braucht dabei eine starke LINKE, denn nur so entsteht Druck für mehr soziale Gerechtigkeit in Wiesbaden und Hessen. Auch wenn wir viele Probleme nicht alleine in Wiesbaden lösen können: Vor Ort lässt sich manches erreichen und der Druck auf die Landes- und Bundesebene erhöhen.

Die Steuerpolitik der letzten Jahre hat die öffentlichen Kassen schwer belastet, hat die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander gehen lassen, hat zu immer mehr Privatisierung und weniger Demokratie geführt. Profitiert haben Superreiche, Banken und Konzerne. 123 Milliarden stehen in Deutschland über 20 Millionen Menschen in Armut gegenüber. CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP haben diese Politik betrieben. Und ohne eine starke LINKE wird diese Politik weitergehen.

Helfen Sie dabei, diesen Prozess umzukehren und für eine sozial gerechtere Verteilung zu sorgen. Damit die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer weiter auseinanderklafft. Damit wieder mehr Geld in die öffentlichen Kassen fließt. Damit in gute Bildung, Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung sowie in eine öffentliche Infrastruktur investiert wird, die allen Menschen nutzt.

Wir wollen nicht stellvertretend für die Menschen Politik machen, sondern mit ihnen gemeinsam. Wir wollen mehr Demokratie und Teilhabe, engagieren uns in sozialen Bewegungen, Gewerkschaften, Initiativen und Bündnissen. Nur mit Druck und mit Ihrer Hilfe wird Veränderung und wird ein Politikwechsel möglich.

**Mit ihren Stimmen für die LINKE setzen Sie ein Signal gegen Schwarz-Rot in Wiesbaden und in Berlin. Ein Signal für Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit!**

Deshalb bitten wir Sie zur Kommunalwahl am 6. März 2016 um Ihre Stimmen und um Ihre Unterstützung für DIE LINKE.

# Inhalt

1. Eine Stadt für alle: Soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit	4
2. Günstiger Wohnraum: Gegen Verdrängung und Leerstand und für eine sozial-ökologische Stadtplanung	9
3. Bildung ist ein Menschenrecht: Schulen sanieren, Kinderbetreuung ausbauen, Personalstandards erhöhen	14
4. Kultur für alle: Kulturelle Freiräume und Vielfalt sozial gestalten	16
5. Mobil in Wiesbaden: Für einen besseren öffentlichen Nahverkehr und mehr Raum für das Fahrradfahren und die Fußgänger	18
6. Gesundheit ist keine Ware: Solidarische und öffentliche Gesundheitsversorgung	23
7. Solidarisch finanzieren und haushalten: Reichtum besteuern, Armut bekämpfen, öffentliche Interessen durchsetzen	26
8. Refugees Welcome: Flüchtlinge schützen, menschenwürdig aufnehmen und von Beginn an integrieren	29
9. Nicht nur Frauensache: Für ein geschlechtergerechtes Wiesbaden und frauenspezifische Angebote	33
10. Platz für die Jugend: Wiesbaden attraktiv für Kinder und Jugendliche machen, Kinderarmut bekämpfen	36
11. Vielfältig, altersgerecht und inklusiv: Benachteiligung und Barrieren abbauen, Inklusion verwirklichen	39
12. Mehr Demokratie: Mitbestimmung und Chancen für alle	43
13. In Bewegung: Breitensport statt Kommerz fördern	45
14. Kein Platz für Rassismus: Wiesbaden für Vielfalt und Frieden	47
15. Gut drauf: Für eine liberale Drogenpolitik	49
16. Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand: Privatisierungen stoppen	51
Kandidatinnen und Kandidaten	54
Impressum	54



# 1. Eine Stadt für alle: Soziale Gerechtigkeit und gute Arbeit

Von Arbeit muss man leben können. Auch Menschen mit normalem und geringem Einkommen und Berechtigte von Transferleistungen haben ein Recht auf Teilhabe und Chancen. Doch Niedriglöhne, Minijobs und Werksverträge sind auch in der reichen Stadt Wiesbaden weit verbreitet. Viele haben gar keine oder kaum Arbeit. Mit Hartz IV und niedrigem Gehalt kommen viele gerade oder kaum über die Runden. Auch der sogenannte Mittelstand hat mit hohen Mieten und Nebenkosten, mit schlechten und teuren öffentlichen Leistungen und mit geringen Zukunftsperspektiven zu kämpfen.

Die soziale Spaltung in Reiche und Arme sowie viele soziale Ungerechtigkeiten können zwar nicht in einer einzelnen Stadt behoben werden. Aber es gibt Möglichkeiten, z.B. den städtischen Beschäftigten gute Löhne zu zahlen, oder die Situation der wirtschaftlich Schwachen mit städtischen Mitteln zu verbessern. Tausenden Menschen könnten sich so mehr Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und neue Chancen eröffnen. Allein 30.000 Wiesbadenerinnen und Wiesbadener, also mehr als jede und jeder Zehnte, sind Leistungsberechtigte nach SGB-II. Wiesbaden ist die Stadt mit der größten Kinderarmut in Hessen.

## **Sozialkarte und kommunales Investitionsprogramm**

DIE LINKE will die Erweiterung der sogenannten „Wiesbadener Familienkarte“ zur echten „Sozialkarte“ nach Berliner Vorbild. Dass heißt: Anders als bisher soll die Sozialkarte kostenlos sein. Alle Familien und Bezieherinnen und Bezieher von Transferleistungen sollen sie erhalten und damit kostenfrei an Bildungs-, Sport- und kulturellen Angeboten teilnehmen können. Und mit der Sozialkarte sollen auch Menschen mit niedrigem Einkommen einen 50-prozentigen Rabatt für Bildungs-, Sport- und Kulturangebote erhalten.

Der Sozialtarif der ESWE-Verkehr ist zu erhalten und auf den im jeweiligen Regelsatz enthaltenden Anteil für Mobilität abzusenken.

Damit neue Arbeitsplätze entstehen und der Sanierungsstau, z.B. bei den untragbar maroden Schulen behoben wird, schlagen wir ein kommunales

sozial-ökologisches Investitionsprogramm vor. Die Mittel, die vom Bund und Land für Investitionen zur Verfügung gestellt wurden, sind teils an enge Vorgaben gebunden und reichen nicht ansatzweise aus, den riesigen Investitionsbedarf in Wiesbaden zu decken. Allein den Schulen fehlen 400 Millionen und den KiTas 80 Millionen Euro. Zudem müssen dringend bezahlbare Wohnungen gebaut, sowie Straßen, Freizeiteinrichtungen und Brücken saniert werden. Die Stadt muss zudem in ausreichendes und gutes Personal, z.B. in Kindertagesstätten, Krankenhäusern oder für die Sozialarbeit und Integration investieren. Tarifierhöhungen dürfen nicht zu Arbeitsverdichtungen führen. Neben der Anhebung der Gewerbesteuer auf ihr ursprüngliches Niveau von 460 Punkten und dem Verzicht auf unsinnige Prestigeobjekte, kann die Stadt diese Investitionen aufgrund des derzeit extrem niedrigen Zinsniveaus mit günstigen Krediten finanzieren.

Die Stadt soll Investitionen in eigener Trägerschaft und unter fairen Bedingungen realisieren, statt in sogenannten PPP-Projekten (Private-Public-Partnership), die im Nachhinein nicht kontrollierbar sind und immer teurer werden. Wir sagen: Die Infrastruktur und Daseinsvorsorge, also z.B. Krankenhäuser, Energieversorgung, Müllabfuhr usw., gehören in die öffentliche Hand und dürfen nicht weiter privatisiert werden! Mit vielen Millionen Men-



schen lehnt DIE LINKE die Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA deshalb entschieden ab! Weitere Privatisierungen und tiefe Eingriffe in die Rechte der Bürgerinnen und Bürger wären die Folge. Wiesbaden muss sich dem kommunalen Protest hiergegen anschließen!

### **Sanktionen gegen Hartz IV-Empfänger beenden!**

Für DIE LINKE bleibt es zudem dabei: Hartz IV ist Armut per Gesetz und muss durch eine existenzsichernde Mindestsicherung abgelöst werden. Das Existenzminimum darf nicht gekürzt werden. Darum setzt sich die LINKE für die sofortige Beendigung von Sanktionen gegen Hartz IV-Empfänger und gegen Kürzungen der Regelleistungen in Wiesbaden ein. Menschen das Existenzminimum zu kürzen bedeutet, ihr Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit zu gefährden. Das ist in unseren Augen verfassungswidrig. Als Optionskommune hat die Stadtverwaltung die Verantwortung für die Leistungsberechtigten. Dies bietet zahlreiche Möglichkeiten, Gesetzeslücken im Sinne der Betroffenen auszulegen und auf Sanktionen gänzlich zu verzichten.

Wir nutzen jeden Handlungsspielraum in Wiesbaden, um den Folgen der Hartz-IV-Armut entgegenzutreten. So setzen wir uns z.B. für die konkret Betroffenen mit Sozialberatungen und für die tatsächliche Übernahme der Wohnungskosten ein. Strom- und Gasabschaltungen müssen unterbunden werden, denn kein Mensch darf in seiner Wohnung frieren oder im Dunkeln sitzen gelassen werden.

Die Subventionierung von Maßnahmenträgern für so genannte Arbeitsgelegenheiten („Ein.Euro-Jobs“) und Aufbewahrungsmaßnahmen ohne wirkliche Qualifizierung müssen eingestellt werden. Statt Maßnahmen mit so genannten Beschäftigungszuschüssen zu fördern, bei denen Betroffene trotz tariflicher Entlohnung keine Ansprüche auf Arbeitslosengeld erwerben, sollte in echte Arbeitsplätze bei der Stadtverwaltung investiert werden.

Arbeitsfähige Erwerbslose haben einen Anspruch auf gute Qualifizierung und gute Arbeitsplätze. Dies gilt insbesondere für Erwerbslose mit Sprachförderbedarf. Denn mit mangelhaften Deutsch- oder Schriftkenntnissen lässt sich selten gute Arbeit finden. Darum muss der Bildung Vorrang vor sogenannten „Arbeitsgelegenheiten“ gegeben werden.

## Ordentliche Arbeitsverträge statt prekäre Beschäftigung

Als kommunaler Arbeitgeber sollte es für die Stadt eine Selbstverständlichkeit sein, tariflich bezahlte Arbeitsplätze anzubieten und Scheinselbstständigkeit zu ächten. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse, insbesondere im Bildungs- und Weiterbildungsbereich müssen in ordentliche Arbeitsverträge umgewandelt werden. Daueraufgaben verlangen Dauerarbeitsplätze. Deshalb sind u.a. die Honorarverträge an der Volkshochschule bei allen langjährigen Vollzeitkräften in sozialversicherungspflichtige Arbeitsverträge umzuwandeln. Dies gilt auch für Lehrkräfte, die an Weiterbildungseinrichtungen Alphabetisierungs- und Deutschkurse unterrichten. Erwerbslose dürfen nicht länger vom Jobcenter und anderen städtischen Einrichtungen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gedrängt werden.

## Hohe Standards in den KiTas

Gute Arbeitsbedingungen, mehr Personal und gute Bezahlung muss es unbedingt auch in den Kindertagesstätten geben. Für die Entwicklung kleiner Kinder ist der frühe Kontakt zu Gleichaltrigen wichtig. Frühkindliche Bildung kann auch sozialen Benachteiligungen entgegenwirken. Die Stadt Wiesba-



den muss hohe Standards in Kindertagesstätten durchsetzen, sowohl in eigenen Einrichtungen, als auch bei denen von freien Trägern. Nötig sind ausreichend Kitaplätze, kleine Gruppengrößen und gut bezahltes Personal. Nur so werden soziale und pädagogische Bedingungen geschaffen, die unseren Kindern und dem betreuenden und erziehenden Personal genügen.

Damit die Angebote auch von allen wahrgenommen werden können, muss die letzte Gebührenerhöhung rückgängig gemacht und auf neuerliche Gebührenerhöhungen verzichtet werden. Für die Zeiträume von Streiks des pädagogischen Personals und damit verbundenen Ausfallzeiten sind die Eltern jeweils entsprechend mit anteiligen Gebührenrückerstattungen zu entschädigen.

Wir brauchen Druck auch auf die Bundespolitik, damit es langfristig gebührenfreie Kindertagestätten gibt. Auch die Betreuung von psychisch kranken Menschen bedarf einer Verbesserung, nämlich der Wiedereinführung eines psychiatrischen Krisendienstes für Krisensituationen.



### ***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Soziale Spaltung und Armut überwinden,
- echte Sozialkarte für Teilhabe an Bildung, Sport, Kultur und Nahverkehr,
- Investitionsprogramm von 200 Millionen jährlich für die Schulsanierung und den KiTa-Ausbau sowie den sozialen Wohnungsbau und Nahverkehr,
- gute kommunale Arbeit und Gesundheitsvorsorge,
- Qualifizierung und Existenzsicherung statt Hartz-Armut und Sanktionen.

## **2. Günstiger Wohnraum: Gegen Verdrängung und Leerstand und für eine sozial-ökologische Stadtplanung**

Auch in Wiesbaden fehlt immer mehr bezahlbarer Wohnraum. Die Zahl öffentlich geförderter Wohnungen nimmt im gesamten Rhein-Main-Gebiet kontinuierlich ab, Wartezeiten liegen in Wiesbaden in der Regel bei zwei bis drei Jahren. Ohne hohe Einkommen droht Mieterinnen und Mietern eine Verdrängung an Stadtränder oder aus der Region. Auch für Normalverdienende werden die Miet- und Nebenkosten schwer tragbar. Wir brauchen deshalb endlich wieder ein öffentliches Wohnungsamt und die Rückführung der städtischen Wohnungsgesellschaften in öffentliche Hand, um den Wohnungsmarkt gestalten zu können!

Wiesbaden muss seinen sozialen Aufgaben gerecht werden, indem nach dem Auslaufen von Fördermitteln auf die gesetzlich möglichen Mieterhöhungen verzichtet wird und die Miete mindestens 15% unter der ortsüblichen Vergleichsmiete bleibt. Bei Neuvermietungen sollen städtische Gesellschaften keine Mieterhöhungen vornehmen und sozial gestaffelte Mieten für geringverdienende Familien sowie Rentnerinnen und Rentner einführen. Die Warmmiete inkl. Nebenkosten darf bei öffentlich geförderten Wohnungen ein Drittel des Nettoeinkommens nicht übersteigen. Zum Schutz der Mieterinnen und Mieter vor willkürlichen Mieterhöhungen brauchen wir endlich einen qualifizierten Mietspiegel für Wiesbaden. Zwangsumzüge für Bezieherinnen und Bezieher von Hartz-IV-Leistungen darf es nicht geben.

Die LINKE stellt die vorherrschende Stadt- und Regionalplanung in Frage, bei der durch Konzentration von Arbeitsstätten im Ballungsraum und Ausdünnung in der „Peripherie“ wachsende Verkehrsprobleme und andere Fehlentwicklungen bei der Infrastruktur entstehen. Während in manchen hessischen Landkreisen Schulen und andere öffentliche Einrichtungen geschlossen werden, weil – gerade junge – Teile der Bevölkerung abwandern, werden die entsprechenden zusätzlichen Bedarfe an bezahlbarem Wohnraum und öffentlichen Einrichtungen schon lange nicht mehr befriedigt. Angebot und Nachfrage nach preisgünstigem Wohnraum klaffen immer weiter auseinander.

### **Soziale Wohnungspolitik – eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge**

Durch die Abnahme des gebundenen, sozial geförderten Wohnraums steigt die Wohnungsnot insbesondere für Menschen mit geringerem und mittlerem Einkommen. Tausende Menschen warten seit Jahren auf eine „Sozialwohnung“ und schon ein jährlicher Zuwachs der Bevölkerung von unter 1% „überfordert“ die CDU und ihre wechselnden Koalitionspartner von SPD, GRÜNEN und FDP in Bund, Land und Stadt. Die Wohnungsbaupolitik der Stadt und der stadt eigenen Unternehmen ist aber so zu gestalten, dass es ausreichend Wohnraum gibt, auf die die Stadt Zugriff hat. Die nicht eingelöste Absichtserklärung von CDU und SPD, bei Neubaugebieten nur 15% für geförderten Wohnraum vorzusehen, ist ein politischer Skandal. Er hat weitreichende Folgen für alle Menschen, die auf preisgünstigen Wohnraum angewiesen sind. Der Stadt stehen rechtliche Mittel wie z. B. Vorkaufsrecht und Bauplanungsrecht zur Verfügung, um das Auslaufen der Sozialbindung von Wohnungen zu kompensieren. Wir fordern eine Sozialquote von mindestens 30% bei Neubauprojekten und 50% bei Projekten stadteigener Gesellschaften. Dazu ist eine Verabschiedung einer entsprechenden sozialen Bodennutzungsverordnung notwendig. Ehemals gewerblich genutzte Flächen – wie z. B. das „LINDE-Areal“ in Mainz-Kostheim, das seit über 10 Jahren nicht als Wohnraum umgenutzt wird - und (ehemals) militärisch genutzte Flächen sind der Wohnbebauung zuzuführen, statt naturnahe, landwirtschaftlich genutzte, ökologisch wertvolle Flächen der Bebauung zu opfern.

Eine Stadtplanung für die Bürgerinnen und Bürger ist nur möglich, wenn diese gezielt beteiligt werden. Die LINKE hält den Widerspruch zwischen Ankündigung der Rathauskoalition von mehr Transparenz und Bürgerbeteiligung und der Realität, dass selbst die von der Bürgerschaft gewählten Ortsbeiräte oft übergangen werden, für das Symptom einer Politik, die sich im Wesentlichen an den Interessen kleiner, aber mächtiger, weil finanzstarker Personen und Gruppen und Einzelpersonen orientiert.

Soziale Wohnungspolitik ist eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge. Mieterinnen und Mieter dürfen nicht der Willkür eines unregulierten Wohnungs- und Finanzmarktes überlassen werden. Geringverdienende, Familien, Studierende, Rentnerinnen und Rentner, sowie Flüchtlinge brauchen Wohnungen mit guter Infrastruktur und dürfen nicht an den Rand gedrängt werden.

## Wem gehört die Stadt?

Die Erhaltungssatzung, die über viele Jahre die soziale und bauliche Entwicklung der Stadt bestimmte, wurde 2003 aufgehoben, städtische Immobilien im großen Stil verkauft, die verbleibenden in einer GmbH zusammengefasst, das städtische Wohnungsamt aufgelöst und die städtischen Wohnungsgesellschaften in GmbHs umgewandelt. Damit hat die Stadt Möglichkeiten einer sozialen Steuerung der Stadtentwicklung verloren und sie den Interessen des Kapitalmarktes überlassen.

Es stellt sich jedoch die Frage: Wem gehört die Stadt? Was haben diejenigen zu sagen, die hier leben, arbeiten und wohnen? Die LINKE setzt sich für eine Stadtentwicklung ein, die Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse nach Kommunikation, nach kulturellen Angeboten, nach Naherholung und einer wohnortnahen Versorgung mit Waren des täglichen Bedarfs, eine Stadtentwicklung, die Integration und soziale Mischung fördert statt Segregation.

Die LINKE setzt sich für eine lebendige Innenstadt ein, in der die Menschen nicht nur als Konsumenten gefragt sind. Die hohen Ladenmieten in den zentralen Geschäftsstraßen und in den großen Einkaufszentren können nur die bekannten Handelsketten zahlen. Statt origineller Vielfalt und einer Orientierung an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger wird das An-



gebot mehr und mehr auf gewinnträchtige Waren reduziert. Die Kundenströme werden zu den großen Einkaufszentren gelenkt, was zur Folge hat, dass abseits gelegene Straßenabschnitte wie die obere Luisenstraße und das „Kirchenreulchen“ veröden. Immer größere Verkaufsflächen führen zu einem brutalen Verdrängungswettbewerb im Einzelhandel.

### Mitsprache bei Großprojekten

Wir wollen eine Bürgerbeteiligung, die ihren Namen verdient, das heißt, Mitsprache bei Großprojekten und anderen Fragen der Stadtentwicklung.

Wir begrüßen die Einrichtung eines unabhängigen Gestaltungsbeirats und setzen uns für dessen Erhaltung über die nächsten zwei Jahre hinaus ein.

Neben dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum besteht großer Bedarf an Wohnprojekten für alternative gemeinschaftliche Wohnformen wie Mehr- generationenhäusern und Gemeinschaftsräumen für Kunst, Kultur und Jugendstätten. Auch im Angesicht wachsender Altersarmut besteht Handlungsbedarf. Die Barrierefreiheit für Menschen mit Behinderungen gilt es ebenso auszubauen. Das betrifft sowohl die städtische Infrastruktur und den Wohnungsbau, wie die Bereitschaft, mit den Betroffenen zusammen zu arbeiten und sie einzubeziehen.



## Energiewende und Demokratisierung der Energiewirtschaft

Zur dringend erforderlichen Energiewende – weg von Atomkraftwerken und Verbrennung fossiler Energieträger hin zu erneuerbaren Energien – hat auch die Wiesbadener Stadtpolitik einen Beitrag zu leisten. Wir wollen eine ressourcen- und klimaschonende Versorgung mit Wärme und Strom. Öffentliche Kontrolle, demokratische Teilhabe und soziale Gestaltung der Energieproduktion, Energietarife und Verteilungsnetze bilden eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Energiewende. Das im Auftrag des Umweltamtes erstellte integrierte Klimaschutzkonzept für die Landeshauptstadt Wiesbaden ist in diesem Rahmen zügig umzusetzen. Zudem soll es eine deutliche Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien bei der ESWE-Versorgung geben. Der Kohlestromanteil muss verringert werden. Bis 2025 streben wir eine 100-prozentige Versorgung der Privathaushalte mit Strom aus erneuerbaren Energien in Wiesbaden an, bis 2035 soll der gesamte Stromverbrauch aus erneuerbaren Quellen kommen. Zur Beschleunigung der Energiewende und Demokratisierung der Energiewirtschaft unterstützt DIE LINKE Bürgerinnen und Bürger bei der Gründung von Energiegenossenschaften, weil sie auf lokaler Ebene einen entscheidenden Beitrag zur Energiewende leisten.

### ***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Bezahlbaren Wohnraum schaffen, gemeinschaftliches Wohnen, Kulturräume und Barrierefreiheit fördern, Verdrängung stoppen,
- öffentliches Wohnungsamt und Rückführung der städtischen Wohnungsgesellschaften in die Stadtverwaltung,
- verbindlich höhere Sozialbindung und Sozialquote bei Neubauprojekten, Wiedereinführung einer Erhaltungssatzung, Erhaltung des Gestaltungsbeirats
- deutliche Steigerung des Anteils erneuerbarer Energie bei der ESWE-Versorgung.



### **3. Bildung ist ein Menschenrecht: Schulen sanieren, Kinderbetreuung ausbauen, Personalstandards erhöhen!**

Unter der CDU-SPD-Stadtregerung hat der jahrelange Sanierungsstau bei den städtischen Bildungseinrichtungen weiter zugenommen. Der Investitionsbedarf wird auf aktuell 400 Millionen Euro geschätzt. Mittlerweile stehen 200 Container an städtischen Schulen, in denen Schülerinnen und Schüler „provisorisch“ unterrichtet werden. Durch Neubaugebiete wird sich die Situation weiter zuspitzen. Undichte Decken, verschimmelte Gebäudeteile, wegen Baufälligkeit gesperrte Klassenräume, Ausfall von Unterricht wegen zu kleinen oder fehlenden Sporthallen sind in der Landeshauptstadt Wiesbaden Realität. Der Protest und die Aktionsbereitschaft der direkt Betroffenen nehmen zu. Die LINKE unterstützt Proteste gegen den skandalösen Zustand unserer Schulen, um auf die Rathausmehrheit den notwendigen politischen Druck auszuüben, damit über ein Investitionsprogramm endlich deutlich mehr in Schulen und Kindertagesstätten investiert wird. Für das Personal an Schulen ist in erster Linie das Land zuständig. Aber auch hier kann und muss die Stadt sich stärker engagieren.

Die LINKE unterstützt alle Bestrebungen, die längeres gemeinsames Lernen ermöglichen, so auch Anträge von Schulen zur Umwandlung in Integrierte Gesamtschulen oder zur Aufgabe der Beschränkung auf einen Bildungsgang. Für die Schulen ohne eigene gymnasiale Oberstufe muss es auch künftig ausreichend Plätze an besonderen Oberstufengymnasien geben. Die Rückkehr zu „G9“ muss gefördert werden.

Wir brauchen weiter eine Erhöhung des Versorgungsgrades an Kitaplätzen. Zudem sollen Kitaplätze als Bildungseinrichtungen langfristig beitragsfrei werden. Es ist ein Unding, dass Wiesbadener Eltern neidvoll nach Rheinland-Pfalz schauen, wo die Versorgung und Kosten für Kinderbetreuung vielfach besser sind. Die Standards in den städtischen Kindertagesstätten hinsichtlich der Gruppengrößen und des ausschließlichen Einsatzes entsprechend bezahlten und qualifizierten Personals müssen verbessert werden. Diese Standards müssen auch in Einrichtungen freier Träger gelten. Die Ausgliederung von Kindertagesstätten aus der städtischen Ver-

waltung und die Verkleinerung von Schulhöfen und Spielflächen durch Verkäufe lehnt die LINKE ab. Schulen und Kindertagesstätten müssen zudem schadstofffrei errichtet bzw. gegebenenfalls endlich saniert werden. Die LINKE wird sich weiter dafür einsetzen, dass die Verwaltung mit dieser Problematik sensibler umgeht.

Die Stadt hat eine besondere Verantwortung für die Zugänglichkeit zu Bildungsangeboten wie den Volkshochschulen, der Mediathek und den Stadtteilbibliotheken. Sie dürfen keinesfalls geschlossen werden und die Nutzung darf nicht an Benutzungsgebühren scheitern.

Wir setzen uns für eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Stadtbibliothek und insbesondere auch eine generelle Öffnung an Montagen ein. Dies ist durch die Einstellung von mehr Personal möglich. Zudem fordern wir öffentliche Internetzugänge/WLAN im Stadtgebiet für alle.



### ***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Sofortige Schulsanierung und KiTa-Ausbau durch Investitionsprogramme,
- Unterstützung der Schulen für längeres gemeinsames Lernen, die Rückkehr zu „G9“ und Umsetzung der Inklusion,
- Verbesserung der Personalschlüssel und Bezahlung in den KiTas, sofortige Rücknahme der Gebührenerhöhung, langfristig Gebührenfreiheit,
- bessere finanzielle Ausstattung von öffentlichen Kultur- und Bildungseinrichtungen und freies WLAN.

## **4. Kultur für alle: Kulturelle Freiräume und Vielfalt sozial gestalten**

Künstlerische Leistungen, kulturelle Bildung und Erinnerungskultur sind Grundlagen einer lebendigen Stadt und Demokratie. Wiesbaden hat eine vielgestaltige Kulturszene mit einem breiten künstlerischen Angebot auf den Gebieten des Theaters, der Musik, der bildenden Kunst, des Tanzes und der Literatur. Viele gemeinnützig arbeitende freie Kulturträger tragen zur Vielfalt der künstlerischen und kulturellen Aktivitäten in Wiesbaden bei. Die freie Kulturszene muss erhalten bleiben, um allen Menschen die Teilhabe am Kulturleben zu ermöglichen.

Dies geht nicht ohne öffentliche Förderung. Auch die überwiegend ehrenamtlich getragenen örtlichen Initiativen für Stadtteilkulturarbeit sind durch weitere Kürzungen gefährdet. Zu Kostensteigerungen für Kulturinitiativen kommt es insbesondere durch Mieterhöhungen städtischer Gesellschaften. Diese sind durch höhere Zuschüsse auszugleichen.

Auseinandersetzungen um Prestigeobjekte wie das „Mietmodell Stadtmuseum“, welches auf Kosten der Kulturlandschaft und an den Interessen der Menschen vorbei durchgedrückt werden sollte, müssen endlich der Vergangenheit angehören. Wir sind froh, gemeinsam mit vielen Menschen und Initiativen – teils parteiübergreifend – das unsinnige „Mietmodell Stadtmuseum“ verhindert zu haben.

Kulturelle Einrichtungen und Initiativen dürfen nicht angeblichen Finanznöten geopfert werden. Räumlichkeiten für Kulturarbeit dürfen nicht „vermarktet“ werden. Die LINKE unterstützt deshalb die politischen Aktivitäten der Kulturszene, die auf eine angemessene finanzielle Förderung drängen und sich gegen die angekündigte Rotstiftpolitik wenden.

Mit der Sozialkarte muss Familien und Transferleistungsempfängenden der kostenlose Zugang zu allen Kultureinrichtungen möglich sein sowie Geringverdienenden ein 50 Prozent ermäßigter Zugang.

DIE LINKE setzt sich für einen Kulturentwicklungsplan für Wiesbaden ein, damit für die Kulturschaffenden Planungssicherheit und eine professionelle Steuerung der Kulturpolitik gewährleistet wird. Wir wollen angemessene Produktionsbedingungen für alles, was dem Publikum wichtig und was ge-

sellschaftlich nötig ist, seien es freie Theaterproduktionen, Lesungen, Ausstellungen oder Sprachkurse für Flüchtlinge. Es braucht eine Bestandsaufnahme aller kulturellen Einrichtungen und Initiativen und Transparenz bei Förderentscheidungen.

Kultur braucht Freiräume. Hierfür muss Wiesbaden Rahmenbedingungen schaffen und Platz für spontane Entwicklung. Auch kleinen und neuen Gruppen – nicht nur der „Hochkultur“ – muss der Zugang zu Fördermitteln möglich sein.

Ein Stadtmuseum sollte der Auseinandersetzung mit der Geschichte Wiesbadens in den verschiedenen historischen Epochen dienen. Es soll dazu beitragen, das Wissen über die Entwicklung der Stadt, so wie sie sich uns heute darstellt, zu vermitteln und auf diese Weise auch zur Identitätsfindung beitragen. Dies ist gerade in einer Stadt wie Wiesbaden, die im 19., 20. und 21. Jahrhundert sozial sehr verschiedene Zuwanderungen erlebt hat, von größter Bedeutung.

Wir unterstützen die Initiative für ein Haus der Stadtkultur und Stadtgeschichte im ehemaligen Wiesbadener Amts- und Landgericht zwischen Moritz- und Oranienstraße. Das „Alte Gericht“ ist ein Ort der Stadtgeschichte, befindet sich in öffentlichem Eigentum und sollte als Erbe der Baukultur für öffentliche Nutzung erhalten bleiben. Dort könnte das Stadtmuseum eine Perspektive finden und zur kulturellen Belebung der an die Moritzstraße angrenzenden Stadtviertel beitragen.



### ***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Teilhabe am Kulturleben für alle, die soziale Gestaltung von Eintrittspreisen und Gebühren,
- ausreichende öffentliche Förderung der lokalen Kulturszene,
- einen Kulturentwicklungsplan sowie ein Haus für Stadtkultur und Stadtgeschichte im „Alten Gericht“,
- Transparenz bei Förderentscheidungen.

## **5. Mobil in Wiesbaden: Für einen besseren öffentlichen Nahverkehr und mehr Raum für das Fahrradfahren und die Fußgänger!**

DIE LINKE tritt aus ökologischen und sozialen Gründen für den konsequenten Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ein. Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Deshalb wollen wir den ÖPNV ausbauen, die viel zu hohen RMV-Fahrtpreise schrittweise senken und mittelfristig einen Nulltarif einführen, damit Busse und Bahnen für alle Menschen attraktiv und nutzbar sind.

Bus und Bahn sowie Radfahrern und Fußgängern ist Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr einzuräumen. Die vom Straßenverkehr, insbesondere von Autos und LKWs ausgehenden Belastungen für Mensch und Umwelt durch Abgase, Feinstaub, Lärm und Flächenversiegelungen können und müssen gebremst und verringert werden.

Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) ist leider im bundesweiten Vergleich einer der teuersten Verkehrsverbünde. Seine Tarife müssen schrittweise bis hin zu einem „Nulltarif“ für alle gesenkt werden. Erfolgreiche Beispiele aus anderen Regionen in Europa zeigen, dass dies möglich ist, wenn der Wille vorhanden ist und alle politischen Ebenen an einem Strang ziehen.

Dafür müssen sich die Vertreterinnen und Vertreter in den RMV-Gremien einsetzen.

2015 wurde aufgrund verheerender Ergebnisse endlich der Irrweg einer Zweiklassengesellschaft bei unseren städtischen Bussen beendet. Das jahrelange sinnlose und teure Nebeneinander von zwei kommunalen Busgesellschaften geriet zum Nachteil der Beschäftigten und Fahrgäste. WiBus war mit Pleiten, Pech und Pannen gestartet und steht symbolhaft für eine gescheiterte Privatisierungspolitik.

Wie von der LINKEN im Wahlprogramm 2011-2016 gefordert, wurde WiBus inzwischen aufgelöst und in ESWE-Verkehr eingegliedert. Eine Wiederholung dieses Privatisierungsirrsinns darf es nie wieder geben.

## Schrittweise Realisierung eines Stadtbahnnetzes

Zudem ist Wiesbaden seit Jahrzehnten die größte deutsche Stadt ohne innerstädtischen Schienenverkehr (Straßenbahn/Stadtbahn). Unsere Nachbarstadt Mainz hingegen baut ihr erfolgreiches innerstädtisches Schienennetz weiter aus. Wiesbaden braucht dringend ein ehrgeiziges Programm zur besseren Nutzung und Integration bestehender Schienenwege und zur schrittweisen Realisierung eines Stadtbahn-Netzes, wie es in vielen vergleichbaren und auch deutlich kleineren deutschen und europäischen Städten bestens funktioniert und angenommen wird.

Die für 2005 geplante Inbetriebnahme einer Wiesbadener Stadtbahn durch die Innenstadt über Klarenthal, die Aartalbahntrasse und Bad Schwalbach nach Diez ist am Widerstand von FDP, CDU und Republikanern gescheitert. Auch die seit 2011 tonangebende CDU/SPD-Rathauskoalition ist trotz zaghafter Ankündigungen einem neuen Stadtbahnprojekt keinen Millimeter näher gekommen. Eine Stadtbahn könnte als die umweltfreundlichste Form der Elektromobilität viele Auto- und Busfahrten überflüssig machen. Umweltfreundlicher Verkehr wäre für Anwohnerinnen und Anwohner, für die Kurstadt und für uns alle ein Segen.



Wir fordern die zügige Wiederinbetriebnahme der Aartalbahn von Wiesbaden über Taunusstein und Bad Schwalbach bis Limburg mit Haltepunkten oder Bedarfshalten in Wiesbaden-Hauptbahnhof, Wiesbaden Ost, Waldstraße, Dotzheim, Klarenthal, Chausseehaus und Eiserne Hand und einem Stunden- bzw. Halbstundentakt von frühmorgens bis spätabends.

Wiesbaden braucht auch eine bessere Anbindung an den Eisenbahn-Fernverkehr. Dies könnte über die Realisierung einer „Wallauer Spange“ geschehen, mit der Züge aus Wiesbaden in weniger als einer Viertelstunde den Fernbahnhof am Frankfurter Flughafen erreichen. Damit würde auch die gut 10 km doppelgleisige Eisenbahntrasse, die seit 2002 vom Hauptbahnhof über Erbenheim entlang der A 66 bis Hofheim-Wallau verläuft, endlich entsprechend genutzt.

### **Kurze Beine – kurze Wege!**

Viele Schülerinnen und Schüler können mangels freier Plätze nicht die wohnortnahe Wunschschule besuchen. Lange Schulwege sind deshalb keine Seltenheit. Die Kosten für die Schülerbeförderung werden jedoch erst ab einer einfachen Wegstrecke von 3 km vom Schulamt bezuschusst. Es ist für Kinder und Heranwachsende nicht zumutbar, 2 km oder mehr bepackt mit Schulranzen, Sportbeutel etc. mehrmals täglich zurückzulegen. Es gilt: Kurze Beine – kurze Wege! DIE LINKE fordert deshalb ein kostenloses Busticket für alle Schülerinnen, Schüler und Auszubildende. Besonders Jugendliche und Schichtarbeiter sind auf Busse und Bahnen in den Nachtstunden angewiesen. Das Nachtbusangebot in Wiesbaden ist derzeit aber noch eingeschränkt und muss ausgebaut werden.

Zusätzlich zu den sternförmigen Busverbindungen aus den Vororten in die Innenstadt mit zentralen Umsteigepunkten sind einzelne Ringverbindungen (Vorort-Vorort) sinnvoll. Die Buslinien müssen noch besser miteinander verknüpft sein, so dass die Busse aufeinander warten können und ein Umsteigen ohne größeren Zeitverlust möglich ist. Vor allem müssen die Züge und Bahnhöfe besser in diese Verknüpfung einbezogen werden. Die Wiesbadener Taxis und das Carsharing sollten als wichtiger, integraler Bestandteil des ÖPNV in die Planungen einbezogen werden.

Eine moderne Stadtentwicklungspolitik muss dafür sorgen, dass mög-

lichst viele Menschen ihre alltäglichen Bedürfnisse am besten zu Fuß oder mit dem Fahrrad oder Roller erledigen können. Dass Wiesbaden nach der aktuellen Fahrrad-Klimatest-Umfrage des ADFC immer noch bundesweites Schlusslicht beim innerstädtischen Radverkehr ist, ist nicht nur beschämend und nachteilig für diejenigen, die das Rad als Verkehrsmittel nutzen, sondern angesichts der Schadstoffbelastungen und des Flächenverbrauchs nachteilig für die ganze Stadt. Es muss dringend in den Ausbau der Radverkehrsinfrastruktur investiert, ein sicheres und lückenloses Radverkehrsnetz geschaffen und dem Radverkehr insgesamt deutlich mehr Raum gegeben werden. Wichtig sind dabei auch die Ausfallstraßen zu den Vororten, wo das Radfahren ohne eigene Radwege oder Schutzstreifen bislang sehr gefährlich ist.

### **Zügige Umsetzung des Radverkehrskonzepts**

DIE LINKE unterstützt die Forderung des Bündnisses Verkehrswende Wiesbaden nach zügiger Umsetzung des Radverkehrskonzeptes. Das Konzept, welches im Auftrag der Stadt Wiesbaden erstellt wurde, sieht eine Steigerung des Radverkehrs von derzeit 6 % auf mindestens 20 % bis 2030 vor. Ebenso unterstützen wir die Forderung des Bündnisses Verkehrswende zur Umsetzung des Radverkehrsplans mit 2,7 Millionen Euro pro Jahr aus dem städtischen Haushalt.



Ebenso sollte das Mitnehmen der Räder in den Linienbussen und Bahnen erleichtert werden. Regenfeste, abschließbare Fahrrad-Unterstände in der Innenstadt und den Stadtteilen wären hilfreich. Die in Betrieb genommenen Mietfahrrad-Systeme müssen ausgebaut, aufeinander abgestimmt und intelligent mit den ÖPNV-Systemen kombiniert werden. Um Straßen und Plätze in unserer Stadt noch l(i)ebenswerter zu machen, streben wir mehr Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung, den Bau von Parkgaragen sowie die Ausweitung des bestehenden Car-Sharing-Angebots an.

Die LINKE unterstützt die Initiativen aus der Bürgerschaft, in Wiesbaden zu einer entsprechenden Verkehrswende zu kommen. Hand in Hand mit den Betroffenen setzen wir uns für eine Reduzierung der vom Straßenverkehr, Güterzügen sowie Flugzeugen ausgehenden Lärmbelastung insbesondere in den Nachtstunden sowie aktiven und passiven Schallschutz ein. Der Güterverkehr, insbesondere auch der industrielle Gefahrgutverkehr rund um Wiesbadener Industriebetriebe, muss dringend auf die Schiene verlagert werden.



### ***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Radverkehrsnetz, Leihfahrrad-Systeme und Car-Sharing ausbauen,
- gebührenfreie Bustickets für Schülerinnen, Schüler und Auszubildende, die Ringverbindungen und das Nachtbusangebot ausbauen,
- die schrittweise Realisierung eines Stadtbahn-Netzes und zügige, Wiederinbetriebnahme der Aartalbahn,
- die Senkung der Fahrpreise im ÖPNV bis hin zum Nulltarif und keine Privatisierungen beim ÖPNV.

## **6. Gesundheit ist keine Ware: Solidarische und öffentliche Gesundheitsversorgung**

Leitbild unserer Gesundheitspolitik ist die WHO-Definition für eine „gesunde Stadt“:

„Eine gesunde Stadt verbessert kontinuierlich die physischen und sozialen Lebensbedingungen und fördert die Entfaltung gemeinschaftlicher Aktions- und Unterstützungsformen, beides mit dem Ziel, die Menschen zur wechselseitigen Unterstützung in allen Lebenslagen zu befähigen und ihnen die maximale Entfaltung ihrer Anlagen zu ermöglichen.“

Demgegenüber wurde das Gesundheitswesen in den vergangenen Jahrzehnten jedoch immer weiter kommerzialisiert, privatisiert und den Gesetzen des Marktes unterworfen. Alle Bundesregierungen haben diesen Prozess gefördert. Auch die hessische Landesregierung hat durch notorische Unterfinanzierung und Privatisierungsdruck die kommunalen Kliniken in die roten Zahlen getrieben.

### **Gesundheit ist keine Ware! Für gute kommunale Daseinsvorsorge**

Trotz wiederholter anderslautender Versprechungen und gegen den breiten Protest der Bürgerinnen und Bürger in Wiesbaden wurden die Dr.-Horst-Schmidt-Kliniken (HSK) 2012 teilprivatisiert. 49 % der Anteile liegen nun bei der Helios AG, die auch die operative Geschäftsführung innehat. Durch massiven Personalabbau und den Weggang hoch qualifizierten Personals haben die HSK ihren Ruf als kommunale Vorzeigeklinik eingebüßt. Die Qualität der medizinischen Versorgung ist durch Überlastung des Personals dramatisch gesunken.

Trotz weiterer Sparmaßnahmen sind schwarze Zahlen nicht in Sicht und die öffentliche Hand wird weiter zur Kasse gebeten. Nicht die medizinische Versorgung, sondern die Renditeerwartungen sind nun Maßstab des Handelns geworden.

Große Gesundheitskonzerne sind auch in Wiesbaden auf dem Vormarsch, kaufen Kliniken und Arztpraxen und unterstellen die medizinische Versorgung mehr und mehr dem Profitprinzip. Dennoch kann die Kommune sich der Verantwortung für eine optimale medizinische Versorgung nicht entziehen.

DIE LINKE setzt sich ein für die Rekommunalisierung privatisierter und in privatrechtliche Betriebsformen übertragene Krankenhäuser sowie eine flächendeckende medizinische Versorgung, die sich am Bedarf der Bevölkerung orientiert.

### Für eine Weiterentwicklung des öffentlichen Gesundheitsdienstes

DIE LINKE will die Leistungen des Gesundheitsamts in der Gesundheitsvorsorge, -fürsorge, -förderung und im Gesundheitsschutz erhalten und finanziell, personell und technisch so ausstatten, dass es zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger steuernd eingreifen kann. Hierauf sind vor allem die materiell und sozial Benachteiligten angewiesen.

Der jährliche Gesundheitsbericht, so wie ihn das Gesundheitsamt für Schulanfänger bereits vorlegt, soll auf weitere Alters- und Personengruppen ausgedehnt werden und allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern zugänglich gemacht werden. Damit sollen Versorgungslücken erfasst und im Sinne gesundheitlicher Chancengleichheit gemeinsam mit der Ärzteschaft und ihren Organen geschlossen werden.

Ein großer Teil der gesundheitsbezogenen Leistungen wird von freige-meinnützigen Trägern erbracht. Sie sind aus dem Netzwerk der Gesund-

Unterschriften gegen die Teilprivatisierung der HSK wurden „entsorgt“



heitssicherung nicht wegzudenken. Hierzu gehören auch Selbsthilfe- gruppen. Die LINKE fordert, dieses Netzwerk zu erhalten und weiterzuentwickeln, indem die Zuschüsse aus dem städtischen Haushalt an den steigenden Bedarf angepasst werden.

Die LINKE regt an, eine „Wiesbadener Gesundheitskonferenz“ zu etablieren, in die die Erkenntnisse aus der Gesundheitsberichterstattung, die Erfahrungen aus der stationären und ambulanten Krankenversorgung und die Kenntnisse der frei-gemeinnützigen Träger und zivilgesellschaftlicher Initiativen einfließen sollen, um möglichst alle im Gesundheitswesen tätigen Gruppen und Organisationen miteinander zu vernetzen und Synergieeffekte zum gesundheitlichen Wohl der Bürgerinnen und Bürger zu erzielen.

Wir begrüßen Pläne, dass Wiesbaden dem „Healthy-City“-Netzwerk angehören soll. Denn damit sind alle Planungs- und Entscheidungsprozesse der Verwaltung und der Politik unter gesundheitlichen Aspekten einer Überprüfung zu unterziehen.

Die Stadt trägt auch in eigenen Gebäuden eine Verantwortungspflicht: Alle städtischen Einrichtungen, insbesondere Bildungseinrichtungen, sollten regelmäßig auf das Vorhandensein giftiger Schadstoffe überprüft und bei Feststellung solcher Stoffe unverzüglich saniert werden.



### ***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Krankenhäuser rekommunalisieren und finanziell ausreichend ausstatten,
- Gesetz für Mindestpersonal in Krankenhäusern auf Bundesebene,
- Schließung von Lücken in der medizinischen Versorgung und dauerhafte Absicherung von Selbsthilfegruppen durch Sach- und Finanzmittel,
- das Leitbild „Gesunde Stadt“, die Erstellung eines Gesundheitsberichtes und die Etablierung einer „Wiesbadener Gesundheitskonferenz“.

## **7. Solidarisch finanzieren und haushalten: Reichtum besteuern, Armut bekämpfen, öffentliche Interessen durchsetzen**

Nach dem Grundgesetz haben die Gemeinden das Recht, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Dieses Recht existiert heute faktisch nicht mehr. Denn Städte und Gemeinden werden finanziell ausgeblutet. Immer mehr den Kommunen übertragenen Aufgaben stehen immer weniger den Kommunen überlassene Einnahmen gegenüber. Die Ursachen sind Steuergeschenke für Reiche und Konzerne sowie eine kommunalfeindliche Politik der hessischen Landesregierung. Aus dem kommunalen Finanzausgleich (KFA) wurden in den letzten Jahren 400 Millionen Euro gekürzt – pro Jahr! Die nun von Schwarzgrün vor der Kommunalwahl termingerecht versprochenen Investitionsprogramme sind lediglich Kredite und auch der Neuzuschnitt des KFA kann die dauerhaften Verluste nicht annähernd kompensieren.

Zudem wird die von CDU, SPD, GRÜNEN und FDP unterstützte sogenannte Schuldenbremse zum Vorwand für Sozialkürzungen und Gebührenerhöhungen genommen. Statt sozial gerechte Steuererhöhungen für die Milliardäre im Land durchzusetzen, werden Normalverdienende und „kleine Leute“ durch massive Gebührenerhöhungen zur Kasse gebeten. Die sogenannten Schutzschirm-Programme lösen die kommunale Verschuldungskrise nicht, sondern werden als Hebel für Gebührenerhöhungen genutzt, die die Allgemeinheit massiv treffen.

Auch die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener wurden durch extrem unsoziale Erhöhungen von Gebühren, zum Beispiel mit Kindertagesstätten-, Abfall- und Friedhofsgebühren kräftig zur Kasse gebeten. Das ist zutiefst unsozial. Denn gemessen an ihrer „Leistungsfähigkeit“ werden vor allem Normal- und Geringverdienende sowie Familien oder Alleinerziehende belastet und eben nicht diejenigen mit hohen und riesigen Vermögen. Aufgaben der Daseinsvorsorge werden zudem durch Privatisierungen einem Markt überlassen, dessen Kriterium nicht das Wohl der Menschen, sondern reine Profitinteressen sind. Diesen so genannten „Sachzwängen“ werden

wir uns nicht unterwerfen. Wir sagen: Menschen vor Profite – Geld ist genug da. Bei einem gerechten Steuersystem, welches die Reichen entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit besteuert, könnten die kommunalen Aufgaben, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen, problemlos erfüllt werden.

### **Ausreichende Finanzausstattung statt „Sparzwang“**

Die einzig wirkliche Stellschraube, mit der Wiesbaden seine Einnahmen jedoch zum Nutzen der Allgemeinheit verbessern könnte, wurde in den vergangenen Jahren abgesenkt. Nämlich die Gewerbesteuer. Wir hingegen setzen uns dafür ein, diejenigen wieder höher zu besteuern, die von der Wiesbadener Politik zu lange mit Steuergeschenken bedacht wurden und die den größten Nutzen von der kommunalen Infrastruktur hatten. Die Gewerbesteuer soll in einem ersten Schritt auf ihr früheres Niveau zurück gehoben werden.

Als LINKE kritisieren wir zudem, dass in Wiesbaden immer wieder große Geldsummen für Prestige- und Eliteprojekte verschleudert oder in dubiosen PPP-Projekten versenkt werden, während die Allgemeinheit zur Kasse gebeten wird. Marode Schulen für die Allgemeinheit und Prunk für eine selbsternannte Elite? Das darf nicht sein! Das peinliche Schauspiel z.B. um die „European Business School (EBS)“, die mit zig Millionen Euro öffentlich gefördert und mit teuerster Galaparty im Kurhaus gefeiert wurde, um im Ergebnis mit Gerichtsverfahren, Beinahe-Bankrott und null Leistungen für die Stadt zu enden, ist nur eines von mehreren sinnloser Prestigeprojekte. Die Allgemeinheit muss vom großen Reichtum der Millionäre profitieren – nicht umgekehrt!

Langfristig lassen sich die kommunalen Finanzprobleme jedoch nur mit einer anderen Steuerpolitik auf Bundesebene lösen. Der Erhalt und Ausbau der öffentlichen Infrastruktur - also der Krankenhäuser, Kindertagesstätten und Schulen, sowie des Nahverkehrs und öffentlichen Wohnungsbaus - können und müssen sozial gerecht finanziert werden. Wiesbaden muss sich denjenigen Kommunen anschließen, die auf Bundesebene die Wiedereinführung der Vermögenssteuer fordern. Das Land Hessen und seine Kommunen würden hiervon mit fast 2 Milliarden Euro pro Jahr profitieren, ohne

dass nur ein einziger Superreicher in seinem Lebensniveau eingeschränkt wäre! Auch die Steuerflucht von Konzernen und Großerben muss endlich bekämpft werden. Sie ist kriminell und schadet der Allgemeinheit. Nur mit Druck auf CDU, SPD, FDP und Grüne durch Wahl der LINKEN wird ein sozial gerechtes Steuersystem für eine aufgabenangemessene und auskömmliche Finanzierung der Kommunen möglich.

Wir werden deshalb keinem einzigen kommunalen Projekt, das für die Lebensbedürfnisse der Menschen sinnvoll und notwendig ist, nur deshalb die Unterstützung versagen, weil angeblich die finanziellen Mittel fehlen. Geld ist genug da. Es ist (bisher) nur falsch verteilt.

Anstatt den vermeintlichen „Sparzwang“ an die Beschäftigten und an die Bürgerinnen und Bürger weiter zu geben, muss die Landeshauptstadt Wiesbaden gemeinsam mit Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen den Widerstand gegen die Finanzpolitik in Bund und Land aufbauen und für eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen kämpfen. Auf eine entsprechende Positionierung muss die Stadt auch im Hessischen und Deutschen Städtetag drängen.



### ***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Millionärs- und Vermögenssteuer statt kommunale Kürzungen und unsoziale Gebührenpolitik,
- Anhebung der Gewerbesteuer auf ihr ursprüngliches Niveau von 460 Punkten,
- keine weiteren Privatisierungen, PPP-Projekte oder öffentliche Mittel für Prestigeprojekte wie die EBS,
- keine Streichung von sinnvollen kommunalen Projekten aufgrund angeblich „fehlender“ Mittel.

## **8. Refugees Welcome: Flüchtlinge schützen, menschenwürdig aufnehmen und von Beginn an integrieren**

Weltweit sind circa 60 Millionen Menschen auf der Flucht vor Armut, Hunger, Ausbeutung, Klimafolgen und vielem mehr. Die Europäische Union, die mit ihrer Politik eine Mitverantwortung für diese Probleme trägt, versucht sich abzuschotten. Das Mittelmeer ist zu einem Massengrab geworden. Auch Deutschland hat mit Kriegsbeteiligungen, Waffenexporten und wirtschaftlichem Druck eine hohe Mitverantwortung. Die Aufnahme von Menschen in Not ist ein humanitäres und völkerrechtliches Gebot. Solange es Kriege und soziales Elend gibt, wird es Flüchtlinge geben. Mit einer repressiven Asylpolitik („Festung Europa“) werden die Flüchtlinge und nicht die Fluchtursachen bekämpft. Flüchtlinge, Asylsuchende und Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus werden durch diskriminierende Regelungen in ihrer Menschenwürde verletzt.

DIE LINKE setzt sich auf allen politischen Ebenen für ein Ende der massiven Waffenexporte, der aggressiven Außen- und Wirtschaftspolitik als wesentliche Fluchtursachen, sowie für deutlich höhere Unterstützung der von Flucht am stärksten betroffenen Regionen und für legale Fluchtwege nach Deutschland und Europa ein.

### **Aufnahme und Integration von Anfang an – Chancen nutzen!**

Wir wollen Flüchtlinge von Beginn an würdig und offen aufnehmen und setzen uns für Integration von Beginn an ein. „Refugees welcome!“ muss Leitfaden unserer Willkommenskultur sein. Geflüchtete haben das Recht auf eine selbstbestimmte Lebensführung.

Grundsätzlich sollen Geflüchtete in Wohnungen untergebracht werden. Sammelunterkünfte lehnen wir ab, da sie integrationsfeindlich und menschenunwürdig sind. Es braucht stattdessen eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung mit guter Anbindung an die öffentliche Infrastruktur. Dazu muss den Flüchtlingen der Zugang zur kommunalen Wohnungsvermittlung und damit auf öffentlich geförderte Wohnungen gewährt werden. Der Leerstand in Wiesbaden ist angesichts des hohen Bedarfs an günstigem Wohnraum ein Skandal. Schnellstmöglich müssen Geflüchtete

Zugang zu Integrationskursen erhalten. Wir begrüßen das ehrenamtliche Engagement vieler Helferinnen und Helfer, das jedoch die strukturellen Probleme oder professionellen Unterricht in Integrationskursen nicht ersetzen kann.

Eine ausreichende medizinische Versorgung, soziale und psychologische Betreuung sind ebenso sicherzustellen, wie eine unabhängige juristische Beratung. Neben der Umsetzung der Schulpflicht und sprachlicher Frühförderung ist der Zugang zu Sport- und Kultureinrichtungen enorm wichtig. Die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sind den Betroffenen komplett auszuzahlen. Eine Einbehaltung einer Kleiderpauschale und der Verweis auf die Kleiderkammer – und damit eine indirekte Bezahlung von Kleiderspenden aus der Bevölkerung – ist ethisch nicht vertretbar. Auch Flüchtlinge müssen die Möglichkeit haben, selbst zu entscheiden, wofür sie ihr Geld ausgeben.

Viele Flüchtlinge kommen hochgradig traumatisiert zu uns. Insbesondere Frauen können auf der Flucht massive sexuelle Gewalt erlebt haben. Für sie und für andere von besonderer Diskriminierung Betroffenen ist dezentrale Unterbringung in eigenen, abschließbaren vier Wänden besonders wichtig.



## **Bund und Land in der Pflicht!**

Wir begrüßen sehr das Engagement aus der Zivilgesellschaft zur Unterstützung von Geflüchteten und ermutigen die Wiesbadenerinnen und Wiesbadener zur dauerhaften Begegnung auf Augenhöhe. Wir wollen die Chancen, die sich mit Immigration immer auch verbunden haben und verbinden lassen, gemeinsam nutzen.

Alleine können die Kommunen und kann die Zivilgesellschaft die Aufnahme von Geflüchteten jedoch kaum bewältigen. Der Bund und das Land Hessen müssen alle anfallenden Mittel für die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen dringend bereitstellen, damit die Kommunen nicht an anderer Stelle kürzen oder auf den Kosten sitzen bleiben! DIE LINKE fordert zudem endlich das kommunale Wahlrecht für alle, die dauerhaft bei uns leben. Dies ist in unserer Einwanderungsgesellschaft schon lange überfällig. Es macht keinen Sinn, Menschen, die zum Teil Jahrzehnte bei uns leben, von Mitbestimmung auszuschließen, aber andererseits deren Steuern und Integration zu verlangen. Es gilt den Ausländerbeirat als direkt gewählte Interessenvertretung aufzuwerten und den anderen Ausschüssen in seinen Rechten gleichzustellen.

Außerdem kann die Verwaltung die gesetzlichen Ermessensspielräume für die Betroffenen nutzen und z.B. eine unterstützende und oftmals dringend notwendige psychosoziale Betreuung für traumatisierte Flüchtlinge aus Krisengebieten einrichten. Die Zuschüsse für den Flüchtlingsrat Wiesbaden, der seit Jahren gute Beratungsarbeit leistet, sind wieder in den Haushalt einzustellen.

## **Gegen soziale Spaltung, für Solidarität und soziale Gerechtigkeit!**

Wir müssen sozialen Spannungen und rechter Stimmungsmache, die mit Zuwanderung immer verbunden sein kann, den Nährboden entziehen. Es darf nicht sein, dass soziale Missstände auf Kosten derjenigen ausgetragen werden, die nichts oder wenig haben bzw. die mit kleinen oder mittleren Einkommen gerade über die Runden kommen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Zugewanderte zum Lohndumping benutzt werden, um die Löhne von Arbeitern und Angestellten zu drücken. Wir dürfen nicht zulassen, das Zugewanderte als Sündenböcke für die miserable Wohnungssituation herhal-

ten sollen. Wir dürfen nicht zulassen, dass Neiddebatten zwischen denjenigen mit kleinen Renten, kleinen Einkommen oder auf öffentliche Infrastruktur Angewiesene geschürt werden. Wir sagen: Günstigen Wohnraum können wir für alle schaffen, die ihn brauchen. Gute Löhne, gute Bildung und gute Renten können wir für alle schaffen, wenn wir den riesigen und unverschämten Reichtum einiger weniger endlich gerecht besteuern. Milliarden für einige Wenige, aber für Millionen Menschen nichts? Das darf nicht sein!



***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Flüchtlinge aufnehmen und Fluchtursachen bekämpfen,
- Menschenwürdige und dezentrale Unterbringung, Integration von Anfang an,
- volle Kostenübernahme von Aufnahme- und Integrationskosten durch Bund und Land,
- Fremdenfeindlichkeit und Rassismus bekämpfen, soziale Spaltung überwinden.

## **9. Nicht nur Frauensache: Für ein geschlechtergerechtes Wiesbaden und frauenspezifische Angebote**

Frauen sind besonders stark von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung betroffen. Besonders schwierig ist nach wie vor die Lebenssituation von Alleinerziehenden. In Wiesbaden lebt ein hoher Anteil an Kindern und Jugendlichen mit nur einem Elternteil, das Armutsrisiko dieser Gruppe ist besonders hoch. Wiesbaden belegt in Hessen bei der Kinderarmut – die immer auch Armut der Haushalte mit Kindern bedeutet – einen traurigen Spitzenplatz.

Jede vierte Frau wird im Verlauf ihres Lebens Opfer von körperlicher und/oder sexueller Gewalt. Deshalb darf bei Frauenhäusern und Beratungsstellen nicht gekürzt werden, wie es die Landesregierung unter Roland Koch getan hat. Ehrenamtliches Engagement von Frauen für Frauen braucht bessere Rahmenbedingungen und stärkere finanzielle Unterstützung. Doch insbesondere in wirtschaftlichen Krisenzeiten wird bei Frauenprojekten immer als erstes gespart. Für frauenspezifische Einrichtungen von Ehrenamtlichen, dürfen keine Kürzungen vorgenommen werden, sondern es müssen mehr finanzielle Mittel aus dem städtischen Haushalt erhalten. Gerade in schwierigen Situationen sind die nötigen Mittel zur Existenzhaltung zu gewähren. Unser besonderes Augenmerk gilt der Beratung von Opfern sexueller Gewalt.

Was sagt es aus über eine Gesellschaft, die sich zwar teure Anwaltskanzleien und Manager-Boni leistet, aber keine Frauen zur Geburtshilfe mehr hat!

Wenn die Wiesbadenerinnen auch zukünftig noch Hebammen haben wollen, ist es dringend erforderlich, Hebammen vor dem Ruin zu retten und besonders zu fördern. Angesichts der derzeitigen Situation – vor allem aufgrund der „Versicherungsproblematik“ – wurden viele früher vorhandene Angebote eingestellt, insbesondere im Bereich der Nachsorge. Hier ist die Stadt in finanzieller Verantwortung. Wiesbaden braucht zudem mehr frauenspezifische Angebote, z.B. durch Unterstützung von Mädchentreffs, dem Girls Day und die besondere Förderung von Mädchen und jungen Frauen.

Es ist nicht hinzunehmen, dass es in ganz Wiesbaden keine psychosoziale Beratungsstelle gibt, die Prostituierte tatsächlich erreicht. Um hier Abhilfe zu schaffen ist eine neue Rechtsgrundlage erforderlich, damit die Prostituierten direkt an ihren Arbeitsstätten aufgesucht und beraten werden können, mit dem Ziel, sie in ihrem Selbstbewusstsein zu stärken, sie anzuleiten, sich vor übertragbaren Krankheiten zu schützen und sie zu motivieren, sich in Problemlagen vertraulich an eine Beratungsstelle, beim Gesundheitsamt oder bei einem anderen Träger zu wenden. Je nach Lage des einzelnen Falles ist medizinische Versorgung zu gewährleisten, Wohnraum zu beschaffen oder die Polizei einzuschalten, um Gewalt gegen Prostituierte aufzuklären oder wenn Verdacht auf Menschenhandel und Zwangsprostitution besteht.

Die Beratungsstelle des Gesundheitsamts sollte die Kooperation mit der Fachberatungsstelle FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e.V. in Frankfurt, der Hessischen Koordinierungsstelle der Arbeit gegen Menschenhandel, fortführen. Die Beratung sollte auch Ausstiegsperspektiven aus der Prostitution eröffnen.

Ferner setzt sich DIE LINKE für die Einrichtung eines Runden Tisches zum Thema Prostitution ein, um Problemlagen, die durch das Thema Prostitution entstehen, im Austausch mit allen Beteiligten und unter Berücksichtigung der Erfahrungen aus anderen Städten besser begegnen zu können.

Wohnungslosigkeit wird häufig als männlich wahrgenommen, denn bei Frauen findet diese eher versteckt statt. Das Übernachtungsangebot für obdachlose Frauen muss dringend erweitert werden. Es ist ein Erfolg der LINKEN, dass zum Doppelhaushalt 2016/2017 erstmalig Gender Budgeting in einem Pilotprojekt umgesetzt wird. Die entsprechende EU-Richtlinie muss nun auf den gesamten Haushalt ausgeweitet werden um zu einer geschlechtergerechten Verausgabung öffentlicher Mittel zu kommen.

Ein Armutszeugnis für Wiesbaden war die Tatsache, dass das Frauenreferat ein Jahr lang personell nicht besetzt war. Dabei müsste die kommunale Frauenbeauftragte gegenüber Politik und Verwaltung gestärkt werden, auch was die personelle Ausstattung angeht. Die Frauenbeauftragten in den Fachbereichen der Stadtverwaltung sind für ihre Tätigkeit angemessen von ihrer Arbeit freizustellen. Der Ausschuss für Frauenangelegenheiten muss auch zukünftig erhalten bleiben.

Ein zentrales Thema – nicht nur, aber vor allem für alleinerziehende Frauen – ist die Sicherung einer flächendeckenden Kindertagesbetreuung. Es gilt, vor allem am Ausbau qualitativer ganztägiger Kindertagesstätten und Grundschulen zu arbeiten. Für den Wiedereinstieg in den Beruf ist die Betreuung der Kinder ein wesentlicher Faktor, mit dem es den Müttern und Vätern gelingen kann, traditionelle Rollenvorstellungen zu überwinden.



***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Ende der Benachteiligungen und Armut von Frauen durch Niedriglöhne; insbesondere Alleinerziehende brauchen soziale und existenzsichernde Unterstützung,
- KiTa-Ausbau und Frauenprojekte unterstützen statt Kürzungen und Gebührenerhöhungen; Beratungsangebote, Frauenhäuser und Förderung von jungen Frauen ausbauen,
- Menschenhandel und Zwangsprostitution verfolgen, Fachpersonal für aufsuchende Sozialarbeit gewinnen,
- Unterstützung für Hebammen gewährleisten.

## **10. Platz für die Jugend: Wiesbaden zur attraktiven Stadt für Kinder und Jugendliche machen, Kinderarmut bekämpfen!**

Mit Einführung von Hartz IV ist die Kinderarmut in Deutschland auf Rekordniveau angestiegen. Wiesbaden belegt hierbei in Hessen eine traurige Spitzenposition, obwohl die Stadt verhältnismäßig reich ist. Das darf nicht sein!

Die Kommune Wiesbaden hat zahlreiche Möglichkeiten, um die Kinderarmut abzumildern, indem sie zusätzlich zu den verpflichtenden Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch freiwillige Leistungen, wie beispielsweise kostenfreie Schulmittel, kostenloses Mittagessen etc., gewährt. Wir fordern, dass diese Möglichkeiten konsequent genutzt werden. Jugendliche brauchen selbstverwaltete Jugendzentren, um sich dort zu allen Jahreszeiten und bei jedem Wetter treffen zu können, ihre Geburtstage zu feiern, kleine Konzerte auszurichten oder ihr selbst eingeübtes Theaterstück aufzuführen.

Für viele Jugendliche sind Musik, Graffiti-Kunst und Sport elementare Bestandteile ihres Lebens, doch leider können sie diese viel zu selten ausleben. Es fehlt an ordentlichen, öffentlich nutzbaren Sportplätzen für das Fußball- oder Basketballspiel mit Freunden, es fehlen Halfpipes zum Skaten, es fehlen Wände, die zum legalen Sprayen freigegeben sind, es fehlen Proberäume für junge Bands und vieles anderes mehr. Es fehlt ein Großteil der Infrastruktur, damit junge Menschen in der Freizeit ungezwungen ihren Hobbies nachgehen können.

Die Ausweitung und Vertiefung sozialer Probleme erfordert den Ausbau der Sozialarbeit in den Stadtbezirken, Schulen, an den Treffpunkten Jugendlicher und auf Straßen und Plätzen. Zudem müssen mehr Mittel für die Erziehungsberatung und den sozialpsychiatrischen Dienst des Gesundheitsamtes bereitgestellt werden.

Durch die quantitative und qualitative Zunahme sozialer Probleme auch in Wiesbaden ist es für eine psychosoziale Versorgung der Wiesbadener Jugendlichen notwendig, dass im sozialen Bereich Stellen nicht weiter abgebaut, sondern aufgestockt werden. Dies bezieht sich insbesondere auf den Sozialdienst, die Erziehungsberatung, betreuende Grundschule, Schul-

sozialarbeit, Schulpsychologie und Jugendarbeit. Dabei sollten als weitere Präventionsmaßnahme in Wiesbaden endlich mehr Streetworker zur Jugendarbeit eingesetzt werden. Die selbstverantwortliche Jugendverbandsarbeit ist ebenso wichtig für die Partizipation und das Engagement von Jugendlichen und verdient mehr Anerkennung.

Neben dem bereits existierenden Jugendparlament muss weitere, echte Mitbestimmung für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, jenseits von Repräsentation. Die aus finanziellen Gründen zurückgenommene Bewerbung für das Projekt „Kinderfreundliche Kommune“ muss deshalb wieder aufgenommen werden.

Der Jugendhilfeausschuss muss in seinen Rechten gestärkt werden. Ihm obliegen nach dem SGB-VIII wichtige Entscheidungen der Kinder- und Jugendhilfe. Doch diese Rechte werden in Wiesbaden bis heute ignoriert. Das ist ein handfester Skandal.

DIE LINKE fordert eine Ausbildungsoffensive der Stadt Wiesbaden, die sich an der vom DGB geforderten Ausbildungsquote von mindestens 7 Prozent orientiert. Frauen müssen bei den Ausbildungsangeboten besonders



berücksichtigt werden. Wir wollen, dass die Landeshauptstadt Wiesbaden stärker auf die Kammern einwirkt, damit das Angebot an Ausbildungsplätzen deutlich gesteigert wird. Jugendliche, die nach Abschluss der allgemeinbildenden Schule keinen Ausbildungsplatz im dualen System haben, müssen von kommunalen oder anderen gemeinnützigen Einrichtungen und Betrieben ein Ausbildungsangebot erhalten.

Die Mieten in Wiesbaden sind für junge Menschen, für Studierende und Auszubildende oft unbezahlbar. Deshalb ist es wichtig, dass bezahlbarer Wohnraum insbesondere für diese Gruppen geschaffen wird. Das Engagement der Stadt Wiesbaden auf diesem Gebiet ist und bleibt beschämend! Bundesweit gilt als Faustregel, dass für zehn Prozent aller Studierenden Wohnheimplätze angeboten werden, doch Wiesbaden liegt dabei unter fünf Prozent.

Deshalb fordert DIE LINKE die Schaffung bezahlbaren Wohnraums für junge Menschen. Dies kann beispielsweise durch die stadteigene Wohnungsgesellschaft GWW geschehen.



***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Kinderarmut bekämpfen; kostenfreie Schulmittel, Mittagessen und ÖPNV-Nutzung für Kinder aus ärmeren Haushalten sowie verstärkte Sozialarbeit,
- Ausbau der Kinder- und Jugendangebote: Selbstverwaltete Jugendzentren sowie Sportplätze und Kulturräume für Jugendliche ausbauen,
- Ausbildungsoffensive der Stadt Wiesbaden mit dem Ziel einer Ausbildungsquote von 7 Prozent,
- bezahlbaren Wohnraum für junge Erwachsene, öffentlich geförderter Wohnraum für mindestens 10 Prozent der Studierenden.

## **11. Vielfältig, altersgerecht und inklusiv: Benachteiligung und Barrieren abbauen, Inklusion verwirklichen**

Wiesbaden braucht eine zeitgemäße Politik für Seniorinnen und Senioren, die sich geänderten Herausforderungen wie Altersarmut und dem demografischen Wandel stellt. Im politischen und gesellschaftlichen Leben sind Seniorinnen und Senioren deutlich stärker als bisher einzubeziehen. Wiesbaden soll sich als Kurstadt ein Vorbild nehmen an anderen Städten im In- und Ausland, wo in Parks und öffentlichen Anlagen wetterfeste Sportgeräte installiert und längst eine Vielzahl barrierefreier Einrichtungen geschaffen wurden. Ein wachsender Teil älterer Menschen verfügt nur noch über eine Rente am Rande des Existenzminimums. Fitness-Studios sind für viele Ältere unbezahlbar. Trimm-Geräte im öffentlichen Raum sind nicht nur eine Alternative zu Fitnesshallen, sondern befördern darüber hinaus das soziale Leben, sowie Begegnungen über Generationen hinaus und machen die Stadt ein Stück lebenswerter.

Teilhabe an der Gesellschaft setzt entsprechende Angebote voraus: Bustickets und Eintritte zu kulturellen und sportlichen Veranstaltungen müssen den reduzierten Ressourcen der Senioren Rechnung tragen, wie sie DIE LINKE mit der Sozialkarte anbieten möchte.

Das Wohnen im Alter muss zudem als öffentliche Aufgabe begriffen werden. Die Tendenz der Verantwortlichen in Wiesbaden, sich beim Bau und Unterhalt von Senioreneinrichtungen aus der Verantwortung zu stellen, muss sich zugunsten eines sozialen Wohnungsbaus wandeln, der auf die Belange älterer Menschen Rücksicht nimmt. Es kann nicht sein, dass immer mehr private Investoren und Bauunternehmen das große Geschäft „Seniorenunterkünfte“ machen, bei denen die Mehrzahl an Älteren, die über keine großen Reserven verfügen, in unwürdige Lebens- und Wohnverhältnisse abrutschen. Auch für Betreuungs- und Pflegeeinrichtungen muss sich die Stadt stärker engagieren und die Chance zum Leben in Mehrgenerationenhäusern und mobiler Betreuung fördern.

DIE LINKE. Wiesbaden steht für den Grundsatz „ambulant vor stationär“. Denn Heime und Sondereinrichtungen separieren ältere Menschen aus der Gesellschaft und ihrer Umgebung. Dabei können und wollen viele ältere

Menschen sich weiter einbringen. Betreutes Wohnen unterstützt die Eigenständigkeit und Eigenverantwortlichkeit älterer Menschen und sichert das gewohnte soziale Umfeld und sollte solange und häufig wie möglich angeboten werden können.

### **Selbstbestimmte Behindertenpolitik:**

#### **Für die Erfüllung der Erklärung von Barcelona und Inklusion**

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat im Jahr 2003 die Erklärung von Barcelona unterzeichnet. Sie verpflichtete sich, in 16 verschiedenen Teilbereichen der Kommunalpolitik eine bessere Wahrnehmung behinderter Menschen, ihrer Rechte, Bedürfnisse und Potentiale und ihrer Mitwirkung am öffentlichen Leben aktiv zu fördern. So groß die Anstrengungen auch sind, die die Stadt Wiesbaden im Bereich der Behindertenpolitik unternommen hat – noch immer scheitern Menschen mit Behinderungen an Barrieren, die ihnen gesetzt werden.

Menschen mit – auch seelischen - Behinderungen werden teils unter Druck gesetzt und gemaßregelt, z.B. wenn sie vom Amt für soziale Arbeit gesetzte Termine nicht rechtzeitig wahrnehmen. In den Eingliederungsvereinbarungen der kommunalen Arbeitsvermittlung sind erdrückende Sanktionsandrohungen enthalten, die Menschen mit (seelischen) Behinderungen in Angst und Depressionen versetzen können. Oft sind die Mitarbeiter nicht geschult, psychische Erkrankungen bei den Betroffenen zu erkennen und zu verstehen. Psychische Erkrankungen nehmen weiter zu und deshalb müssen Mitarbeiter hier fortgebildet werden.

Ein landesweit – nicht nur an den Schulen – intensiv diskutiertes Thema ist das der Inklusion, also der gemeinsamen Beschulung behinderter und nicht behinderter Kinder. DIE LINKE hat sich sehr frühzeitig für die volle Umsetzung dieser internationalen Vereinbarung stark gemacht, jedoch auch immer die großen Herausforderungen betont, die mit diesem Prozess zusammenhängen können. In anderen Ländern ist Inklusion selbstverständlich, doch Deutschland mit seinem vielgliedrigen und selektiven Schulsystem hierauf kaum vorbereitet. Inklusion braucht auch die dafür notwendigen baulichen, personellen und pädagogischen Mittel. Ohne sie können alle Beteiligten dem Gefühl von Überforderung verfallen und die an

sich notwendige und für alle sinnvolle Inklusion scheitern. Die Landesregierung muss deshalb zwingend das bisher an den Förderschulen tätige Personal an die Regelschulen bringen oder neu ausbilden.

Inklusion setzt zudem Barrierefreiheit in der Stadt und beim Wohnen voraus. Alle Plätze und öffentlichen Gebäude müssen mittelfristig barrierefrei und damit für alle Menschen erreichbar sein. Öffentliche Verkehrsmittel und Haltestellen müssen grundsätzlich barrierefrei gestaltet werden, Haltestellen darüber hinaus ausreichend mit Sitzbänken ausgestattet werden. Mehrstöckige Wohnhäuser sind grundsätzlich mit Aufzügen auszustatten. In jedem neugebauten Mehrfamilienhaus muss es mindestens eine barrierefreie Wohnung geben.

Wir wollen zudem auch Inklusion im Arbeitsleben, das heißt die unterstützte Beschäftigung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Insbesondere Menschen mit einer psychiatrischen Diagnose benötigen vor allem Flexibilität der Arbeitszeit und Stundenanzahl, also in der Quantität und Qualität der Arbeit. Im Rahmen der Inklusion von beeinträchtigten Menschen fordern wir deshalb die Möglichkeit einer unterstützten Beschäftigung in regulären Arbeitsverhältnissen, auch in geringer, flexibler Stundenanzahl für erkrankte Menschen, die sich dies wünschen.

### **Queer: Gleichberechtigung für alle Lebensweisen**

DIE LINKE steht für eine Politik, die Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen ein selbstbestimmtes und repressionsfreies Leben ermöglicht. Sie setzt sich für Emanzipation und uneingeschränkte Gleichberechtigung ein. Speziell die Situation von Lesben, Schwulen und Transgender mit Migrationshintergrund, mit Behinderung und im Alter muss verbessert werden. Viele Lesben und Schwule übernehmen Verantwortung für leibliche oder Pflegekinder. Die Kinder aus solchen „Regenbogenfamilien“ sind oft von der Stigmatisierung ihrer Eltern mit betroffen. Dem muss weltoffene und moderne Politik entgegenwirken. Dafür sind Fortbildungsveranstaltungen im Bereich der Familien- und Jugendhilfe sowie für kommunale Angestellte speziell im Schul- und Erziehungsbereich erforderlich. Gewalt an und Verachtung von Schwulen, Lesben und Transgender hat bei uns keinen Platz. Ein sensibles und respektvolles Verhalten von Polizei und Strafverfolgungsbehörden ist durch verbindliche

und qualifizierte Aus- und Weiterbildungsprogramme sicherzustellen. Auch an Schulen gehört Homophobie leider immer noch zum Alltag. Wiesbaden muss seinen Einfluss auf Landesebene geltend machen, damit alternative Lebensweisen in die Lehrpläne aufgenommen werden. Ebenso unterstützt DIE LINKE die Akzeptanzarbeit des SchLAu-Projekts an Wiesbadener Schulen und die Arbeit des Runden Tisches. Wir wollen Imagekampagnen der Stadt, die die Vielfalt der Lebensweisen in unserer Stadt sichtbar machen und Diskriminierung und Ängsten im Alltag entgegenwirken. Dazu dient insbesondere auch die Förderung schwul-lesbischer Kulturangebote in Wiesbaden.

Die Interessen von Lesben, Schwulen, Bi- und Transsexuellen müssen durch einen Beirat gewährleistet und vertreten sein, dem bei gegebenem Anlass Rede- und Antragsrecht in der Stadtverordnetenversammlung einzuräumen ist. Wir brauchen wirksame Unterstützung der Selbsthilfe- und Beratungsstrukturen von Lesben und Schwulen durch die Stadt. Die sexuelle Orientierung darf – insbesondere im beruflichen Alltag – keine Ursache für Benachteiligung oder Stigmatisierung sein!



***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Herausforderungen durch Altersarmut und demografischen Wandel begegnen; Teilhabe durch Sozialkarte, Barriere-Freiheit und betreutes Wohnen,
- Umsetzung der Rechte und Förderung der Potentiale von Menschen mit Beeinträchtigungen,
- Inklusion unterstützen und finanzieren mit den dafür notwendigen baulichen, personellen und pädagogischen Mitteln,
- uneingeschränkte Gleichberechtigung und Gleichbehandlung aller Menschen, unabhängig von kultureller, ethnischer oder sexueller Orientierung.

## 12. Mehr Demokratie: Mitbestimmung und Chancen für alle

Die Kommune ist der Ort, wo Menschen konkrete Erfahrungen mit Politik, transparenter öffentlicher Verwaltung und Mitbestimmung machen können – oder aber von Politik und Intransparenz abgeschreckt werden können. Wir sagen: Im Sinne der Demokratie muss das Recht auf Informationsfreiheit, Mitbestimmung und Mitgestaltung in der Kommunalpolitik fest verankert sein. Wir fordern das kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft in Wiesbaden lebenden Menschen, das kommunale Petitionsrecht und Bürgeranträge sowie das kommunale Wahlrecht ab 16.

Wir wollen die Ortsbeiräte gegenüber dem Magistrat und dem Stadtparlament stärken, da sie die unmittelbare Vertretung der Bürgerinnen und Bürger in den Stadtteilen sind. Hier können Probleme ganz direkt angesprochen und Wünsche artikuliert werden.

Mitbestimmung erfordert zudem Transparenz. Viele Entscheidungen sind in der Vergangenheit in Hinterzimmern verhandelt worden, insbesondere Entscheidungen über Verkäufe, Privatisierungen oder zur Förderung von privilegierten Einzelgruppen. Wir sagen: Alle Entscheidungen von erheblicher Bedeutung, insbesondere über Verkäufe, Privatisierungen und große Infrastrukturmaßnahmen sollten obligatorisch in Bürgerversammlungen oder Bürgerentscheiden diskutiert und beschlossen werden.



Privatisierungen öffentlicher Einrichtungen sind auch ein Abbau von Demokratie. DIE LINKE lehnt Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA ab, weil sie die Demokratie aushebeln und die Entscheidungsrechte von Parlamenten einschränken. Durch sie wären weitere Privatisierungen im Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge vorprogrammiert und Rekommunalisierungen bereits privatisierter Bereiche würden erschwert.



***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Das kommunale Wahlrecht für alle, die dauerhaft in Wiesbaden leben und mindestens 16 Jahre sind, das kommunale Petitionsrecht und Bürgeranträge,
- Transparenz bei städtischen Entscheidungen statt Hinterzimmerpolitik, bei erheblicher Bedeutung nur mit obligatorischem Bürgerentscheid,
- Stärkung der Ortsbeiräte und des Stadtparlaments gegenüber dem Magistrat,
- Wiesbaden muss den kommunalen Protest gegen Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TISA fortführen.

## 13. In Bewegung: Breitensport statt Kommerz fördern

Sport ist mehr als nur körperliche Ertüchtigung – er kann Menschen klassen-, generationen-, geschlechter- und ethnienübergreifend verbinden. Als LINKE sagen wir: Sport soll inklusiv für alle sein und darf niemanden ausschließen, indem Vereinsgebühren und Sportsachen eine Teilnahme verhindern. Eine eigentlich wohlhabende Stadt wie Wiesbaden muss deshalb dafür sorgen, dass Teilhabe in Vereinen für alle garantiert ist. Hierfür müssen im Sozialetat die Voraussetzungen geschaffen und alle Möglichkeiten der Optionskommune ausgeschöpft werden.

### Finanzierung von Breitensport und guten Sportanlagen statt kommerzieller Sportevents

Wiesbaden und Hessen fördern große Sportveranstaltungen, also z.B. das Pfingstturnier, den Ironman, den Ball des Sports, usw. Das Geld wäre jedoch besser im Breitensport angelegt, also in öffentlicher Infrastruktur für alle. Nicht der Wettbewerbs- und Leistungscharakter, sondern Gesundheit, Spaß und Teamgeist müssen im Mittelpunkt stehen. Die Henkell-Kunsteisbahn muss eine langfristige Perspektive erhalten, möglichst in einer überdachten Variante, die Schwimmbäder saniert und da wo nötig, Turnhallen

Der Eissport in Wiesbaden braucht eine Perspektive!



und Sportanlagen instand gehalten werden. Privatisierungen oder sogenannte Public-Private-Partnerships lehnen wir grundsätzlich auch in diesem Zusammenhang ab. Dem Mangel an Hallenkapazitäten muss durch die Neugenerierung von entsprechenden Flächen begegnet werden.

In den städtischen Gremien muss dem Thema Freizeit (vereinsungebundener Sport, nicht klassisch sportliche Tätigkeiten wie zum Beispiel Wandern, Nutzung des Wiesbadener Stadtwalds, ...) mehr Priorität als bisher eingeräumt werden. Es besteht ein großer Bedarf an generationenübergreifenden Outdoor-Fitnessgeräten. Hierfür sind weitere geeignete Standorte zu identifizieren und entsprechend zu bestücken.

Viele Veranstaltungen in Wiesbaden werden mit Sponsorengeldern erst möglich gemacht. Besonders im sportlichen und kulturellen Bereich gehört das Einwerben von Sponsorengeldern zum täglichen Geschäft. Allerdings gibt es die Gefahr, dass Sponsoren nicht uneigennützig Gelder zur Verfügung stellen, sondern im Gegenzug Erwartungen an die Landeshauptstadt Wiesbaden haben. Deshalb ist es dringend geboten, entsprechende Transparenzregeln einzuhalten.



***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Breitensport statt Kommerz und Elite, statt öffentlicher Gelder für Pfingstturnier und Ball des Sports, Sportplätze, Hallen und Kunsteisbahn unterstützen,
- Teilnahme von allen durch eine Sozialkarte gewährleisten; Gemeinschaft statt Konkurrenz fördern,
- Outdoor-Fitness generationenübergreifend gestalten,
- Transparenz über „Sponsoring“ und Einflussnahmen im Sport.

## 14. Kein Platz für Rassismus: Wiesbaden für Vielfalt und Frieden

Wir leben gerne in einer bunten, lebendigen, kulturell und gesellschaftlich vielfältigen Stadt. Wir wollen Gäste und neue Mitbewohner als Freunde begrüßen, wollen, dass die Starken die Schwachen stützen und Alleinstehende in Gemeinschaften integriert werden. Daher wenden wir uns gegen jede Form von politischer oder gesellschaftlicher Ausgrenzung. Wir widersprechen laut, wenn Menschen aus persönlichem Hass und Neid oder als Sündenböcke für gesellschaftliche Missstände herabgewürdigt werden.

Wir setzen uns auf allen Ebenen der Stadt, in Vereinen und Initiativen aber auch auf der Straße ein für eine weltoffene Stadt ohne Ausgrenzung, Rassismus und Faschismus. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus darf der Stadt und ihren öffentlichen Institutionen nicht gleichgültig sein. Wir sind stolz auf alle Wiesbadenerinnen und Wiesbadener, die sich den menschenfeindlichen und rassistischen PEGIDA-Aufmarschversuchen zahlreich in den Weg gestellt haben, so dass Wiesbaden PEGIDA-frei blieb. Der öffentliche Raum gehört allen Wiesbadenerinnen und Wiesbadenern und darf nicht faschistischen oder rassistischen Organisationen und Parteien überlassen werden. Wir setzen uns ein für den Dialog mit Flüchtlingen, um gegenseitig Ängste und Vorurteile abzubauen und so ein friedliches und solidarisches Zusammenleben zu ermöglichen. Integration bedeutet Anerkennung der verschiedenen Lebensweisen und gegenseitigen Respekt. Wir wollen Dialog und Inklusion, statt Assimilation.

### Für das mahnende Erinnern

„Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.“ Diesen Schwur legten am 19. April 1945 21.000 Männer und Jungen im



befreiten Konzentrationslager Buchenwald ab. Diesem Schwur fühlt sich auch DIE LINKE verpflichtet. DIE LINKE nimmt es daher nicht hin, dass eine Wiesbadener Schule den Namen eines antisemitischen Heimatdichters trägt: Die Rudolf-Dietz-Schule ist deshalb endlich umzubenennen.

Auch alle Straßen und andere städtische Plätze und Gebäude sind zu entnazifizieren. Die unrühmliche Vergangenheit ehemaliger Wiesbadener Oberbürgermeister (Erich Mix, Alfred Schulte) und anderer politischer Vertreter muss schonungslos thematisiert werden.

DIE LINKE unterstützt ausdrücklich die Verlegung von Stolpersteinen zum Gedenken an die von den Nazis deportierten Mitbürgerinnen und Mitbürger.



***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Ein buntes, lebendiges und kulturell vielfältiges Wiesbaden, das Gäste und neue Mitbürgerinnen und Mitbürger in Freundschaft begrüßt,
- keine Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, oder deren stillschweigende Duldung in unserer Stadt,
- Gedenken der Opfer von Faschismus und Rassismus in Wiesbaden und die Entehrung der Täter und ihrer Namen,
- Beiträge leisten zu Frieden und Völkerverständigung in Europa und der Welt.

## 15. Gut drauf: Für eine liberale Drogenpolitik

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat sich mit dem Abbau von Toiletten und Ruhebänken und mit dem Alkoholverbot auf Plätzen der Stadt in eine Sackgasse begeben. Unter dem Mangel an Toiletten und Ruhebänken leiden sowohl Bürgerinnen und Bürger als auch die Besucherinnen und Besucher der Stadt. Wir empfinden es als Heuchelei, wenn eine Stadt, die sich ihres Fastnachtszuges, ihrer Weinwoche und ihres Sternschnuppenmarktes rühmt, Bürgerinnen und Bürger diskriminiert, die ihr Bier auf der Straße trinken, weil der regelmäßige Besuch von Gaststätten und Cafés ihre finanziellen Möglichkeiten übersteigt.

### Der öffentliche Raum gehört allen!

Wir setzen uns für Akzeptanz gegenüber wohnsitzlosen und anderen sozial benachteiligten Bürgerinnen und Bürger ein, die sich ihr gutes Recht nehmen, sich in der Öffentlichkeit zu treffen und zu konsumieren, was ihnen im Rahmen der geltenden Gesetze beliebt. Wir fordern, an Stellen in der Stadt, die zum Verweilen einladen, Bänke mit Rückenlehnen aufzustellen und öffentliche Toiletten zu errichten. Diese Forderung gilt in besonderem Maße für Treffpunkte Wohnsitzloser und sozial Benachteiligter. Die Ein-

#### Clubcafé „Das Sofa“ in Kiel

Für Menschen, die nicht wissen, wo sie sich tagsüber aufhalten können, gibt es für Frauen und Männer den Tagestreff und Kontaktladen in der Schassstraße 4. Dort werden ein kostengünstiges Frühstück und ein Mittagstisch angeboten, es gibt Dusch- und Waschmöglichkeiten, einen Ruheraum, eine Kleiderkammer und ein Beratungsangebot. Außerdem findet einmal wöchentlich sowohl eine ärztliche Grundversorgung wie auch eine Behandlungsmöglichkeit durch einen Zahnarzt statt. Diese Hilfen sind nicht von einer Krankenversicherung oder Praxisgebühr abhängig.

richtung von Trinkräumen nach dem Kieler Beispiel wäre ein Gewinn für die Stadt – und vor allem für die Betroffenen selbst.

### **Für eine liberale Drogenpolitik**

Immer mehr Menschen und Organisationen fordern eine Reform des Betäubungsmittelgesetzes und insbesondere die Legalisierung von Cannabis. Millionen Menschen konsumieren in Deutschland Cannabis. Obwohl dies nachgewiesenermaßen mit geringeren Risiken als beim Alkoholkonsum verbunden ist und teilweise auch aus medizinischen Gründen geschieht, leben Konsumentinnen und Konsumenten von Cannabis ständig mit dem Risiko der Strafverfolgung oder des Führerscheinentzugs. Außerdem werden sie auf den Schwarzmarkt gedrängt, wo Cannabis mit gesundheitsschädlichen Beimischungen verkauft werden kann. Namhafte Strafrechtler, Mediziner bis hin zu Verbänden der Polizei setzen sich mit guten Argumenten längst für eine Entkriminalisierung ein. Suchtprävention und Hilfe sollte auch in Wiesbaden endlich im Vordergrund der Drogenpolitik stehen.



#### ***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Einrichtung von Trinkräumen, öffentlichen Toiletten und Akzeptanz statt Vertreibung aus dem öffentlichen Raum,
- ein Modellprojekt zur legalen Cannabisabgabe in der Stadt. Von der Gründung von Anbauvereinen (Cannabis Social Clubs) nach belgischem Vorbild würden viele Patientinnen und Patienten profitieren,
- Ausbau der Präventionsarbeit gegen Drogenmissbrauch, insbesondere an Schulen und durch Sozialarbeit und Hilfsangebote für Drogenabhängige.

## **16. Daseinsvorsorge in öffentlicher Hand: Privatisierungen stoppen**

Öffentliches Eigentum ist ein Stützpfiler der kommunalen Selbstverwaltung und dient der Daseinsvorsorge, auf die alle Bürgerinnen und Bürger angewiesen sind. Dies betrifft die Energie- und Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung, Polizei, Feuerwehr, Krankenhäuser, Friedhöfe, den sozialen Wohnungsbau und den öffentlichen Personen-Nahverkehr (ÖPNV). Dazu gehören aber auch kulturelle, sportliche und soziale Angebote, die von großer Bedeutung für das soziale Klima der Stadt sind. Ein Großteil dieser Leistungen wird von kommunalen Betrieben erbracht.

Auch in Wiesbaden sind aber kommunale Unternehmen in großem Umfang in privatrechtliche Formen, wie Aktiengesellschaften, GmbHs und gemeinnützige GmbHs umgewandelt worden. Städtische GmbHs und AGs machen mittlerweile rund 1,6 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr, gegenüber einem Haushaltsvolumen von rund 1 Milliarde Euro. Diese formal privatisierten Unternehmen sind nach dem Gesetz nicht mehr dem Gemeinwohl, sondern der Gewinnerzielung und dem Vermögenserhalt verpflichtet, selbst wenn die Kommune Gesellschafterin ist. Die Geschäftstätigkeit einer städtischen AG, GmbH oder gGmbH unterliegt gesetzlich privatrechtlichen Geschäftsgeheimnissen, wodurch eine öffentliche Kontrolle erschwert, ja teilweise unmöglich ist.

Holen Kommunen, meist von Finanznot getrieben, private Teilhaber in ihre Unternehmen oder veräußern kommunales Eigentum an Private, wird die öffentliche Kontrolle noch schwieriger. Kommunale Unternehmen sollen nach unseren Vorstellungen aber nicht nur allen Bürgerinnen und Bürgern – statt Profitinteressen – dienen, sondern sie sollen auch transparent und demokratisch von Bürgerinnen und Bürgern gestalt- und kontrollierbar sein.

Nachdem die „Schuldenbremse“ 2011 in die Hessische Verfassung aufgenommen wurde und gleichzeitig das Land Hessen die Schlüsselzuweisungen an die Gemeinden drastisch gekürzt hat, leidet der städtische Haushalt unter notorischer Knappheit. Private-Public-Partnership Projekte (PPP-Projekte) für öffentliche Gebäude wie das Justiz- und Verwaltungs-

zentrum oder Schulen erscheinen als Ausweg aus der Misere. Dies ermöglicht es jedoch privaten Investoren aus öffentlichen Projekten über Jahrzehnte hinaus vertraglich abgesicherte hohe Mieteinnahmen zu erzielen. Die Stadt zahlt letztlich mehr als für eine Kreditaufnahme, zumal die Zinsen für öffentliche Kredite in letzten Jahren extrem niedrig waren und voraussichtlich auf Jahre hin extrem niedrig bleiben. Der städtische Haushalt wird durch PPP-Projekte hingegen dauerhaft belastet. Die Gestaltungsfreiheit der Kommune ist durch das Verschuldungsverbot stark eingeschränkt. Schon relativ kleine vorübergehende Defizite führen zu neuen Kürzungsorgien, denen vor allem kulturelle und soziale Projekte zum Opfer fallen.

### **HSK in kommunale Hand**

Die sogenannte Teilprivatisierung der Horst-Schmitt-Kliniken ist ein Skandal der Wiesbadener Kommunalpolitik. DIE LINKE Wiesbaden kämpft weiterhin für ein kommunales Krankenhaus und für den Erhalt von Pflegestandards und medizinischer Versorgung. Wir fordern die Offenlegung aller Verträge im Zusammenhang mit der Teilprivatisierung der Dr. Horst-Schmidt-Kliniken (HSK). Es ist untragbar, dass die Stadt als Mehrheitseignerin das operative Geschäft dem Minderheitsinvestor übertragen



hat. Da der Helios-Konzern nur an Rendite auf Kosten der Beschäftigten und der Gesundheit der Patienten interessiert ist, müssen die HSK wieder zu 100 Prozent in das Eigentum der Stadt überführt und unter demokratische Kontrolle gestellt werden. Als Mehrheitseigner muss die Stadt ihre Interessen gegenüber dem Investor einfordern und kann nicht zulassen, dass dieser seine Rendite auf den Rücken von Beschäftigten und auf Kosten der Gesundheit der Patienten verdient.

### **Bildungseinrichtungen unter demokratischer Kontrolle**

Der Ausbau von Kindertagesstätten und Schulkinderbetreuung erfolgt in Wiesbaden vor allem über den Ausbau von Angeboten der freien Träger. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten der Kommune werden so eingeschränkt, aber auch die Einflussnahme durch Eltern. Eine weitere Folge ist, dass angestellte Pädagogen durchschnittlich schlechter bezahlt werden oder die Bedingungen vor Ort schlechter sind.

DIE LINKE fordert daher ein stärkeres städtisches Engagement. Grundsätzlich lehnen wir die öffentliche Förderung von Kindertagesstätten, Schulen oder Hochschulen (wie der EBS) in privater Trägerschaft ab.



#### ***DIE LINKE. Wiesbaden will:***

- Keine weiteren Privatisierungen oder PPP-Projekte für öffentliches Eigentum und öffentliche Aufgaben,
- Rückführung der kommunalen Aktiengesellschaften, GmbHs und gemeinnützigen GmbHs in kommunale Eigenbetriebe, sowie Wiederherstellung öffentlicher und demokratischer Kontrolle,
- Herstellen von Transparenz in der kommunalen Wirtschaftstätigkeit,
- eine ausreichende Finanzausstattung durch das Land Hessen. Dies muss die Stadt Wiesbaden gemeinsam mit anderen Kreisen und Gemeinden einfordern.

Kommunalwahlen am 6. März 2016

## **Kandidatinnen und Kandidaten DIE LINKE. Wiesbaden**

für das Stadtparlament

- |                         |                         |
|-------------------------|-------------------------|
| 1. Hartmut Bohrer       | 20. Christoph Mürdter   |
| 2. Mechthilde Coigné    | 21. Corinna Dammann     |
| 3. Brigitte Forßbohm    | 22. Hans-Gerd Öfinger   |
| 4. Ingo von Seemen      | 23. Melanie Ulges       |
| 5. Aglaja Beyes         | 24. Achim Ritter        |
| 6. Jürgen Malyssek      | 25. Monika Waldkirch    |
| 7. Tatjana Gänßler      | 26. Axel Marek          |
| 8. Manuel Mergen        | 27. Evelyn Zell         |
| 9. Annette Frölich      | 28. Helmut Gollan       |
| 10. Michael Wassermann  | 29. Graciela Biernat    |
| 11. Rana Issazadeh      | 30. Gunther Praml       |
| 12. Hans-Joachim Kühn   | 31. Christiane Rochow   |
| 13. Marion Beste        | 32. Bodo Kaffenberger   |
| 14. Adrian Atucha Ramos | 33. Jessica Meierhöfer  |
| 15. Rosa Öfinger        | 34. Thomas Klein        |
| 16. Peter Silbereisen   | 35. Chrisanthi Gropalis |
| 17. Gisela Runkel       | 36. Eckhard Dittrich    |
| 18. Frank Porten        | 37. Kornelia Miklis     |
| 19. Kim Abraham         | 38. Sven Dyroff         |

---

### **Impressum**

DIE LINKE.  
Kreisverband Wiesbaden  
Büdingenstr. 8  
65183 Wiesbaden  
Telefon: (06 11) 36 02 49 55  
Pressekontakt:  
(01 77) 7 50 68 79  
kreisvorstand@dielinke-wiesbaden.de  
Weitere Infos:  
<http://www.dielinke-wiesbaden.de>  
V.i.S.d.P. Adrian Gabriel

### **Bildnachweis**

Brigitte Forßbohm:  
S. 5, 11, 19, 21, 45  
Adrian Gabriel:  
S. 7, 12, 30, 43, 47, 54  
Sandra Hauer:  
Cover  
Hans-Gerd Öfinger:  
S. 24, 37  
Layout:  
EDITION 6065, Wiesbaden  
Gestaltung des Covers:  
Alex Schalber